

**Antrag**  
auf Abhaltung einer  
**außerordentlichen**  
Gemeinderatssitzung

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,

der FPÖ-Finanzskandal in Graz wurde vor ziemlich genau drei Jahren öffentlich bekannt, und seither tauchen immer neue Vorwürfe und Details auf. Doch bis heute ist dieser Skandal weder juristisch noch politisch vollständig aufgearbeitet. Die Anschuldigungen gegen ehemalige, aber auch gegen aktive FPÖ-Politiker – sowohl auf kommunaler als auch auf Landesebene – sind gravierend: Es geht um die missbräuchliche Verwendung von Steuermitteln in einem Gesamtvolumen von rund 1,8 Millionen Euro. Diese Gelder sollen unter anderem für private Ausgaben und fragwürdige Spesenabrechnungen genutzt worden sein. Neben unangemessenen Finanztransaktionen stehen auch Vorwürfe der Untreue und des Missbrauchs von Klub- und Verfügungsmitteln im Raum. Mehrere gerichtsanhängige Verfahren laufen, wobei für alle Beteiligten die Unschuldsvermutung gilt. Dennoch hat der Skandal das Vertrauen der Grazer Bürgerinnen und Bürger in die Politik zutiefst erschüttert und grundlegende Fragen über den verantwortungsvollen Umgang mit öffentlichen Geldern - dem Steuergeld - aufgeworfen.

Jetzt, nahezu drei Jahre nach Bekanntwerden der ersten Vorwürfe ist es dringend erforderlich, dass der Grazer Gemeinderat die Konsequenzen aus diesem Skandal zieht und dem Missbrauch öffentlicher Gelder einen Riegel vorschiebt. Das Grazer Transparenzpaket, das einen ersten wesentlichen Schritt in Richtung mehr Kontrolle und Transparenz markiert, ist erst zum Teil auf den Weg gebracht. Immer noch hängen die Statutenänderungen etwa für die Wahlkampfkostenobergrenze im Land fest. Nach den neuesten Vorwürfen rund um den FPÖ-Finanzskandal wird aber auch wieder einmal deutlich, dass es noch weitere Schritte braucht, die bis dato noch nicht auf den Weg gebracht wurden. Im Interesse der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler müssen nun endlich klare Regeln zur Verwendung von Klubfördermitteln und der sogenannten Verfügungsmittel der Stadtsenatsmitglieder und Klubobleute geschaffen werden, damit Steuergelder verantwortungsvoll und ausschließlich für öffentliche Zwecke eingesetzt werden. NEOS haben dies bereits nach dem Bericht des Stadtrechnungshofes im Juni 2023 gefordert und der entsprechende Dringlichkeitsantrag wurde einstimmig im Gemeinderat angenommen. Passiert ist aber bis heute nichts!

Nun ist es an der Zeit das Vertrauen der Grazerinnen und Grazer in die Politik zurückzugewinnen und in einer öffentlichen Sitzung darüber zu diskutieren, welche Schritte die Stadt Graz als Reaktion auf den FPÖ-Finanzskandal bisher zur Schadensbegrenzung unternommen hat und welche weiteren Maßnahmen erforderlich sind. Vor dem Hintergrund der zu Ende gehenden Legislaturperiode des Steiermärkischen Landtages ist es notwendig, dass sich der Grazer Gemeinderat nochmals zur vollständigen Umsetzung des Grazer Transparenzpakets ausspricht und dem Landtag damit die Dringlichkeit und Ernsthaftigkeit des Anliegens nochmals verdeutlicht.

Zudem muss sich der Gemeinderat zu einer raschen Überarbeitung der Klubförderrichtlinie und zur Einführung transparenter Vorgaben für die Verwendung der Verfügungsmittel bekennen. Nur mit der Einführung klarer Regelungen kann die Stadt Graz eine glaubwürdige und entschlossene Aufarbeitung des FPÖ-Finanzskandals gewährleisten und das Vertrauen ihrer Bürgerinnen und Bürger zurückzugewinnen.

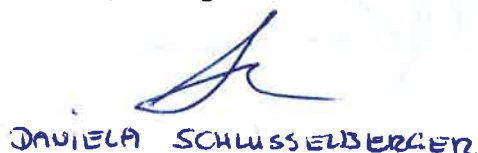
Im Sinne des Motiventexts stellen die nachstehend unterfertigten Mitglieder des Grazer Gemeinderats gemäß § 49 Abs. 2 des Grazer Stadtstatuts i.V.m § 2 Abs. 2 der Geschäftsordnung für den Grazer Gemeinderat den

#### Antrag

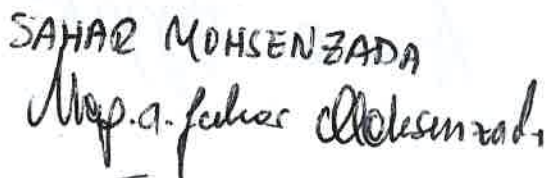
auf Abhaltung einer außerordentlichen Gemeinderatssitzung, welche eine umfassende Aufarbeitung der bisherigen und noch notwendigen Maßnahmen im Zusammenhang mit dem FPÖ-Finanzskandal ermöglicht und folgende Gegenstände zusammenführt:

- 1.) StRH122254\_2022\_Präs-011169\_2003\_0054 betreffend der "Petition an den Landesgesetzgeber um Änderungen des Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967 und des Stmk Parteinförderungs-Verfassungsgesetzes" - Aktueller Stand der Umsetzung bzw. der Beschlussfassung im Steiermärkischen Landtag
- 2.) Präs-029497/2007/0009 betreffend der "Richtlinie für die Förderung der im Grazer Gemeinderat vertretenen Parteien und die Finanzierung der Klubs bzw. der Arbeit der politischen Mandatare 2017" - Aktueller Stand der Neuregelung
- 3.) StRH-078827/2023 betreffend Buchhalterische "Schlüsselkontrollen 1. Quartal 2023" - Aktueller Stand der Umsetzung der Veränderungsempfehlungen

  
Prof. Philipp POINTNER

  
DANIELA SCHÜSSELBERGER

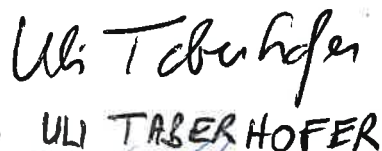
  
Sabine Reininghaus

  
SAHAR MOHSENZADA  
Mag. a. d. Fächer Arabisch und Islamwissenschaft

  
Mag. Alexis Pasanthen

  
SIMON GOSTENTSCHNIGG

  
SIKORA

  
ULI TABERHOFER


  
KARL DREISIEBNER

  
DAVID PAN

Daniela Gamsjäger-Katzenstein

D. Gaj-K

Tristan Ammer



CHRISTIAN KOZINA-VOIT



HANNAH VOGEL



ZEYNEP AYŞAN ROMANER



ANNA HOPPER

